

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsstelle: Dresden, Neumarkt 10  
Telefon: 22 111  
Eigentümer: Dr. G. G. G. G.

Druck: Druckerei G. G. G. G.  
Dresden, Neumarkt 10  
Telefon: 22 111

Druck: Druckerei G. G. G. G.  
Dresden, Neumarkt 10  
Telefon: 22 111

## Die Verhandlungen über die Amnestie

### Kompromißlösungen auch in der Sozialpolitik

Berlin, 8. Dezember. Die Frage, von deren Entscheidung die Verlegung des Reichstags über Weihnachten oder Weiterlagen und damit Mißtrauensvotum und Konflikt abhängen, ist die Gestaltung der Amnestie, über die der Reichstag am 15. Dezember heute nachmittags verhandelt. Schon am Mittwoch hatten unverbindliche Vorbesprechungen darüber zwischen den Führern der größeren Parteien stattgefunden. Am Donnerstagvormittag hatten die Delegierten der einzelnen Fraktionen verschiedene Besprechungen untereinander, um die Ausdehnung der Amnestie zu klären. Vom Plenum sind dem Ausschuss drei Entwürfe überreicht worden, die von den Nationalsozialisten, den Kommunisten und den Sozialdemokraten beantragt waren. Diese Entwürfe sind zwar äußerlich sehr verschieden, ihr Inhalt deckt sich jedoch im wesentlichen.

Die Streitpunkte bilden die Behandlung der Landesverhältnisse und die Behandlung der schweren Verbrechen gegen das Leben und gegen das Sprengstoffgesetz.

Der kommunistische Antrag will beide Gruppen mit amnestieren, der nationalsozialistische wenigstens die zweite Gruppe. Dagegen dürften in dem sozialdemokratischen Entwurf schon die Bedenken der Regierung und der Mittelpartei gegen eine solche Regelung bedacht sein. Es handelt sich nun darum, wenigstens mit den Nationalsozialisten eine Kompromißlösung zu vereinbaren, die gleichmäßig für die Regierung und den Reichspräsidenten erträglich wäre.

Nach dem bisherigen Verlauf der Besprechungen rechnet man bei allen Parteien damit, daß es zu einer Einigung kommt und daß dadurch am morgigen Freitag die Verlegung des Reichstags bis Mitte Januar ermöglicht wird.

Für das Stellvertretungsgesetz und die Aufhebung der Beschränkung der sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnung ist ohnehin im Reichstag eine Mehrheit vorhanden. Was die sozialpolitischen Notverordnungen angeht, so glaubt man in parlamentarischen Kreisen, daß das Kabinett gleichmäßig mit dem Reichspräsidenten die entsprechenden Maßnahmen von sich aus treffen wird.

Dies ist noch die Frage der Winterhilfe, da die sozialdemokratischen Anträge, die Ausweisung einer Prämienanleihe in Höhe von 1 Milliarde zur Arbeits-

beschaffung, die Erhöhung der Unterhaltungen für die Arbeitslosen, Rentner usw. auf den Stand vor dem 14. Juni, endlich die Gewährung von Brot, Kohle und Fleisch für unterhaltungsbedürftige Haushalte vorsehen, nicht durchführbar sind, selbst wenn sie im Reichstag angenommen werden sollten, da die entsprechenden Mittel nicht beschafft werden können.

Man nimmt daher in parlamentarischen Kreisen an, daß die Anträge der Nationalsozialisten, in denen die Reichsregierung aufgefordert wird, ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm einzuleiten und Maßnahmen zu treffen, durch die den großen Massen der notleidenden Bevölkerung eine angemessene Weihnacht- und Winterhilfe gewährt wird, im Reichstag eher Aussicht auf Annahme hat.

Die Regierung dürfte gegen die Annahme dieser Anträge nichts einzuwenden haben und auch hier durch entsprechende Maßnahmen den Wünschen des Reichstags Rechnung tragen. Der Umfang dieser Winterhilfe der Reichsregierung dürfte allerdings weit geringer sein, als von den Parteien gefordert wird, da Haushaltsmittel nicht zur Verfügung stehen. Die einzige Möglichkeit, überhaupt Mittel dafür herbeizuschaffen, ist die, daß die Reichsbank für Arbeitslosenvermittlung die durch Unterbrechung der Arbeitslosenstellen erzielten Ersparnisse zur Verfügung stellt.

### Chefbesprechungen über den Gerek-Plan

Berlin, 8. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Reichskanzler v. Schleier hielt den ganzen Donnerstagvormittag über Chefbesprechungen ab. Im Vordergrund der Erörterungen steht das Arbeitsbeschaffungsproblem. Es scheint, daß der Gerek-Plan, der ursprünglich zur Grundlage der neuen Arbeitsbeschaffungsaktion gemacht werden sollte, sich doch nicht in allen Fällen so durchführen läßt, wie ursprünglich angenommen wurde, und daß wahrscheinlich noch langwierige Besprechungen über das Projekt notwendig sein werden.

Der Reichspräsident empfing von der Führung der Christlichen Gewerkschaften die Herren Ditt, Schulz, Balthus und Kaiser, die ihm einen Bericht über die Notlage der Arbeiterklasse übermittelten und Vorschläge zur Besserung der Lage unterbreiteten. Der Reichspräsident sagte die Prüfung dieser Vorschläge zu.

### „Röln“ fährt um die Welt

Bilthovshaven, 8. Dezember. Der Kreuzer „Röln“ trat heute vormittag die Ausreise zu seiner einjährigen Fahrt um die Welt an. Bei der kurzen Abschiedsfeier an Bord des Kreuzers richtete der Zweite Bürgermeister der Vaterstadt Röln eine Ansprache an Offiziere und Mannschaften. Das Auslaufen des Kreuzers wurde von einer riesigen Menschenmenge bejubelt. Die Besatzung des Schiffes ist 550 Mann stark. Unter den mitfahrenden Seefahrern befinden sich auch die Ueberlebenden des Schiffes „Hilbe“.

Unter den zahlreich eingegangenen Glückwunschtelegrammen befindet sich unter anderem das des Reichspräsidenten v. Hindenburg, das folgenden Wortlaut hat: „Dem Kreuzer „Röln“ wünsche ich für seine erste große Auslandsreise glückliche Fahrt. Ich erwarte von der Besatzung treue Pflichterfüllung und festen Einsatz für die Ehre des deutschen Namens und der deutschen Flotte.“

### 1244,3 Millionen Defizit

Berlin, 8. Dez. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen im Oktober 1932 (Angaben in Millionen Reichsmark) im ordentlichen Haushalt die Einnahmen 689,1 und die Ausgaben 797,2, mithin ergibt sich für Oktober eine Mehrausgabe von 108,1. Der aus dem Vorjahre übernommene Fehlbetrag von 1532,3 vermindert sich um 245 auf 1287,3. Unter Berücksichtigung dieses Fehlbetrages stellt sich das Defizit Ende Oktober 1932 auf 1288,1 (September 1229). Im außerordentlichen Haushalt wurden im Oktober 8,9 veranschlagt, seit Beginn des Rechnungsjahres also 10,2, während Einnahmen nicht ausgewiesen wurden. Für beide Haushalte einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbeträge bzw. Bestände berechnet sich für Ende Oktober 1932 ein Defizit von 1244,3 (September 1177,3).

### Verbrecherrazzia in Bremen

Bremen, 8. Dez. Seitdem drei aus der Strafanstalt Olesbühren bei Bremen ausgebrochene Schwerverbrecher sich der Freiheit erfreuen, ist eine starke Zunahme der Einbruchsdiebstähle in Bremen festzustellen. Die damit verbundene von Tag zu Tag sich mehrende Verunsicherung der Bevölkerung hat die Polizeibehörden veranlaßt, am heutigen Donnerstag vormittag eine Verhärzta durchzuführen. Ein großes Aufgebot von Beamten unter Verwendung von Polizeihunden suchte seit den frühen Vormittagsstunden das Parzellengelände an der Peripherie der Hansestadt ab, da man annimmt, daß die Verbrecher dort ihre Schlafquartiere haben.

In der vergangenen Nacht wurden wieder drei Einbrüche ausgeführt, die man gleichfalls dem Konto der Schwerverbrecher zur Last legt. Erzwungen wird die Suche dadurch, daß man es in der Strafanstalt Olesbühren unterlassen hat, die Schwerverbrecher zu photographieren, so daß zur Mithilfe der Kriminalmaterialien zur Verfügung stand. Wie eine Razzia dabei mutet es an, wie die Schwerverbrecher ihre Flucht bewerkstelligen. Es gelang dem einen von ihnen, sich eine Wärteruniform zu verschaffen und mit Hilfe dieser Uniform seine Komplikationen unter den Augen der echten Wärter ins Freie zu führen.

## Amerikas Antwort bleibt ablehnend

### Frankreich und England vor der Entscheidung

Washington, 8. Dez. Staatssekretär Stimson hat heute dem britischen Botschafter Sir Ronald Lindsay die amerikanische Antwort auf die britische Note über die am 15. Dezember fällige Schuldzahlung überreicht. Wie verlautet, ist auch diese zweite Antwort der Vereinigten Staaten ablehnend, da der Kongreß auf Zahlung besteht und man trotz sorgfältiger Prüfung keinen Ausweg gefunden hat, der das Transaktionsproblem lösen könnte.

Das englische Reuters-Büro polemisiert in diesem Zusammenhang gegen eine Washingtoner Meldung der New York Times, wonach die amerikanische Antwort die Möglichkeit einer Schuldrevision offen ließe, sobald die fällige Zahlung am 15. Dezember erfolgt ist. Der Washingtoner Korrespondent des amerikanischen Blattes, so betont Reuters, habe zu erklären vergessen, wie denn eine scheidende Regierung Verpflichtungen machen könne, die von der künftigen Regierung erfüllt werden müßten.

Paris, 8. Dez. Die Entscheidung über die endgültige Stellungnahme Frankreichs und Englands in der Schuldfrage wird im Laufe des heutigen Donnerstags erwartet.

Es wird allgemein angenommen, daß Macdonald sich im Anschluß an seine Mittwoch-Unterredung mit Chamberlain für die Einhaltung des Zahlungstermins entschieden hat.

Reville Chamberlain hatte eine mehrstündige Besprechung mit Macdonald, über deren Ergebnis der englische Ministerpräsident seine französischen Kollegen am heutigen Donnerstagvormittag unterrichten wird.

London, 8. Dez. Sir Walter Danton sagte gestern abend in einer Rede, seiner Meinung nach sollte Großbritannien mit der Zahlung der am 15. Dezember fälligen Schuldentrate an die Vereinigten Staaten in Bezug kommen. Wenn eine 90prozentige Wahrscheinlichkeit dafür bestünde, daß Großbritannien für den Preis von 28 Millionen Pfund Sterling im nächsten Mai mit Amerika eine bedeutende Vereinbarung erreichen würde, würde dieser Preis

nicht zu hoch sein. Er fürchte aber, daß die Aussicht nur auf ungefähr 5 Prozent zu schätzen sei. Er glaube, daß die Argumente für Nichtzahlung noch mehr Gewicht hätten als die Argumente für eine Zahlung. Er sei nicht der Ansicht, daß ein Unterlassen der Bezahlung die Stimmung in Amerika derartig erbittern würde, wie einige Leute fürchteten.

## Neurath wird Herriots Formel beantworten

### Schlechte Aussichten für eine Einigung

Drahtbericht unseres nach Genf entsandten Sonderberichterstatters

Genf, 8. Dez. Western hat man vor allem von englischer Seite der deutschen Delegation deutlich zu verstehen gegeben, daß eine baldige deutsche Antwort auf die von allen vier Gegenpartnern gebilligte Gleichberechtigungserklärung Frankreichs vom Dienstag sehr erwünscht sei. Erst dann könne hier erfolgreich weitergearbeitet werden.

Der deutsche Außenminister hat nun heute vormittag in einer kurzen Besprechung der fünf Mächte angekündigt, daß er diese Antwort im Laufe des heutigen Nachmittags erteilen werde.

Sie kann nicht anders als ablehnend sein, denn jede Zustimmung zu der Formel Herriots würde ja eine verhängnisvolle Anerkennung unserer Zwangsmäßigkeit bedeuten. Ein Standpunkt in der Gleichberechtigungfrage sein. Im Grunde ist Herriots neue Stellung zur Gleichberechtigung nichts anderes als eine etwas verbesserte Fassung des alten französischen Standpunktes. Die Gleichberechtigung wird nicht etwa — aus dem Grund, daß nach Recht und Billigkeit — zur Voraussetzung aller späteren Verhandlungen gemacht, sondern sie wird nur als ein Ziel der Verhandlung hingestellt, dessen Erreichung also von unseren sonstigen Zugeständnissen abhängig bleibt. Dabei ist hier nur zu bedenken, daß unsere Zugeständnisse das eigentliche Wesen der Gleichberechtigung auf militärischem Gebiet völlig vermissen und ihren eigentlichen Sinn aufheben können.

Wir sollen also einen Zustand tatsächlicher Ungleichheit in entscheidenden Punkten freundschaftlich als Gleichberechtigung empfinden.

Unter diesen Umständen wäre es nicht zu verantworten, in irgendeiner Form auf den Boden der Herriotformel zu treten. Wir haben keinen Zweifel, daß der Außenminister diese einfache Tatsache auch deutlich zum Ausdruck bringen wird. Jedes Verhandeln birgt größte Gefahren in sich und muß zu neuen Mißverständnissen führen. Die Verantwortung für die notwendige Ablehnung der Herriotformel liegt ausschließlich bei denen, die sich nicht entschließen können, unsere Gleichberechtigungsforderung endlich ehrlich und positiv zu beantworten.

Die Telegraphen-Union meldet dazu: Die deutsche Antwort erfolgt in schriftlicher Form und umfaßt eine Reihe sehr wichtiger Fragen über die Auslegung der französischen Gleichberechtigungformel. Es kann angenommen werden, daß im Mittelpunkt dieser Fragen der Gedanke steht, ob die französische Gleichberechtigungformel die Beibehaltung des Teiles V des Versailles-Vertrages und die künftige Regelung des deutschen Rüstungsstandes durch das allgemeine Abrüstungsabkommen ermöglicht.

### Sißler kommt nach Sachsen

Dresden, 8. Dez. Aus Anlaß der in allen Teilen des Landes stattfindenden nationalsozialistischen Miswaltertagungen kommt Adolf Sißler zum Wochenende nach Sachsen. Er wird am nächsten Sonntag in Dresden, Leipzig und Chemnitz Ansprachen halten.



















